

**Stellungnahme der CDU-Gemeinderatsfraktion
zum Haushaltsentwurf der Gemeinde Kernen i.R.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Altenberger,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Prognosen für die Entwicklung der Kommunal Finanzen im Jahr 2009 und in den Folgejahren sind derzeit auf Grund der Gesamtlage in der deutschen und insbesondere der internationalen Wirtschaft leider wenig erfreulich.

Zwar stehen die deutsche Wirtschaft und auch die Kommunalen Finanzen im internationalen Vergleich noch auf einem relativ stabilen Fundament, doch ist bereits sicher, dass die Konjunkturlagen auch auf unsere Gemeinde einen nicht kalkulierbaren negativen Einfluss haben werden. Die täglichen „Wasserstandsmeldungen“ aus unserer Wirtschaft und die ersten Vorböten der für Mai zu erwartenden Steuerschätzung verheißen uns jedenfalls nichts Gutes. Die Finanzmarktkrise wird sich, das steht inzwischen fest, stärker auf die Konjunktur auswirken als befürchtet. Führende Wirtschaftsinstitute erwarten inzwischen für das Jahr 2009 eine Senkung des Bruttoinlandsproduktes um 2,7 Prozent – die stärkste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik.

Jeder Zehntelpunkt weniger an Wirtschaftswachstum bedeutet 500 Mio. Euro weniger Steuereinnahmen. Wenn die Bundesregierung ihre ohnehin schon magere Wachstumsprognose also nur um einen Prozentpunkt zurücknimmt, so bedeutet dies bereits einen Steuerausfall in Höhe von 5 Mrd. Euro. Auf einen möglichen Konjunkturlagenbruch muss von uns aber adäquat reagiert werden können.

Leider begrenzt sich ein Großteil der Reaktionen darauf, nach dem Staat zu rufen. Für die krisengeschüttelten Banken wird ein staatlicher „Rettungsschirm“ installiert, erste Rufe aus der Automobilindustrie - dem stärksten Indikator für die wirtschaftliche Lage in unserer Region - fordern dasselbe. Die Mechanismen der globalen Finanzmarktpolitik mögen ursächlich für diese Entwicklung sein, verstehen muss man sie nicht. Wie kann es sein, dass ein Automobilhersteller in einem Jahr mehr Gewinn erzielen kann, als Umsatz verzeichnet wurde? Hoffen wir, dass die Finanzkrise zu einem heilsamen Erwachen führt und nach Zeiten globaler Euphorie die Rückkehr zu einem nüchternen Realismus bewirkt.

Konjunkturpaket II des Bundes und der Länder

Die große Koalition hat sich unter dem Titel „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ auf ein zweites Konjunkturpaket im Volumen von rund 50 Mrd. Euro geeinigt. Sie will damit der „vermutlich schärfsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland“ begegnen, wie es in dem Beschluss heißt. Kernstück ist ein öffentliches Investitionsprogramm im Volumen von rund 17,3 Mrd. Euro. Zwischenzeitlich liegt die „Verwaltungsvereinbarung zur Durchsetzung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“ vor, der Bundesrat wird morgen darüber entscheiden.

Der Förderbetrag für das Land Baden-Württemberg beläuft sich auf 804 Mio. Euro. Hinsichtlich der bis zuletzt strittigen Verteilung der Mittel ist nun geklärt, dass sie zu 70 Prozent zur Finanzierung kommunalbezogener Investitionen eingesetzt werden sollen. Diese Festlegung ist aus der Sicht der Städte, Gemeinden und Landkreise ein großer politischer Erfolg, weil damit das Vorhaben der Bundesländer, den zwingenden Anteil kommunaler Investitionen auf 51 Prozent abzusenken, verhindert wurde. Jetzt gibt der Bund in kürzester Zeit und mit möglichst einfachem Verfahren den Ländern einen an den Interessen der Kommunen ausgerichteten Korridor vor. Die konkrete Abwicklung vor Ort erfolgt unmittelbar zwischen Kommunen und Ländern. Bildung wird dabei eine zentrale Rolle spielen - die Finanzhilfen des Bundes umfassen u.a. Investitionen in Kindergärten und Schulen. Desweiteren können Mittel für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, insbesondere für Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und die Lärmsanierung an kommunalen Straßen. Damit Investitionen rasch greifen, wird das Vergaberecht für Verträge gelockert. Dies wiederum bietet uns die Chance zu konkreter Wirtschaftsförderung vor Ort.

Inzwischen wissen wir auch, dass diese Mittel wohl nicht wie befürchtet nach dem „Windhundprinzip“ verteilt werden sollen. Dennoch sind entsprechende „Schubladenpläne“ erforderlich, wie sie die CDU-Fraktion in den Haushaltsberatungen eingefordert hat. Wir erwarten nach den derzeit kursierenden Vergabekriterien für unsere Gemeinde Zuschussmittel in Höhe von mindestens 600 000 Euro.

Wie schlimm wird die Finanzmarktkrise unsere Städte und Gemeinden treffen?

Die jüngsten Steuermehreinnahmen in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Finanzsituation der Gemeinde Kernen i.R. in den kommenden Jahren wieder deutlich verschlechtern wird. Der zu erwartende Konjunkturabschwung und die Finanzmarktkrise werden sich negativ auf die Haushalte der Kommunen auswirken und deren Investitionstätig-

keit deutlich einschränken. Das hat auch spürbare Auswirkungen auf die Kaufkraft vor Ort und die Arbeitsplätze in der Region. Der Gemeindegtag warnt die Gemeinden im Land vor „nicht abwägbaren Risiken“ durch die anstehenden Einnahmeausfälle und rät dazu, die Kommunalhaushalte „vorsichtig zu steuern“. Gleichzeitig sind die Kommunen aber als „Konjunkturmotor“ gefordert. Auf diesen Spagat sind wir gespannt...

Bund und Land müssen und werden also eine Infrastrukturoffensive einleiten, um in dieser Phase die Kommunen und den Mittelstand zu stärken. Die Investitionen in die Infrastruktur der Kommunen sind Voraussetzung für unternehmerische Investitionen und Wachstum. Von einer nachhaltigen Investitionstätigkeit der Kommunen profitieren wiederum Bund und Länder. Deshalb ist eine stabile finanzielle Basis der Kommunen von zentraler Bedeutung. Vor allem auf Grund der angespannten Finanzsituation in den zurückliegenden Jahren hat sich auch in unserer Gemeinde ein Nachholbedarf bei den Investitionen angestaut.

Das vorgesehene Maßnahmenpaket der Bundesregierung ist also ein Schritt in die richtige Richtung. Auch die in diesem Paket vorgesehenen Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung treffen bei den Kommunen auf nachhaltigen Bedarf. Wenn nun Bund und Land zur Ankurbelung der Konjunktur Gelder für kommunale Investitionen zur Verfügung stellen, dann sollten wir sie annehmen. Die eine oder andere ohnehin für die nächsten Jahre angedachte Investition muss dann ggf. vorgezogen werden. Vor allen Dingen werden Sanierungen gefördert, da diese schneller umzusetzen und damit früher konjunkturwirksam sind.

Umsichtiges Handeln trotz großzügiger Rücklagen

Die Gemeinde Kernen im Remstal ist durch eine nachhaltige und umsichtige Haushaltspolitik von Gemeinderat und Finanzverwaltung finanziell gut aufgestellt. Sprudelnde Gewerbesteuererinnahmen und die noch immer vorhandenen Erlöse aus dem Verkauf unserer Anteile aus dem Neckar-Elektrizitätsverband (NEV) haben die Rücklage inzwischen auf stolze 22 Mio. Euro anschwellen lassen. Das weckt bei manchen Gemeinderäten und Verwaltungsleuten natürlich Begehrlichkeiten, insbesondere dann, wenn Wahlen anstehen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Kernen durch das umsichtige Wirtschaften in den zurückliegenden Jahren bei vergleichsweise niedrigen 75 Euro je Bürger. Rechnet man die aktuellen Rücklagen dagegen, sind wir de facto also schuldenfrei.

Dennoch muss zur Vorsicht geraten werden: Bei der Aufstellung des Haushaltes war die Verwaltung noch von einem Wachstum von zwei Prozent ausgegangen. Bei der Einbringung des Haushaltes im November des vergangenen Jahres berichtete unser Kämmerer auf Nachfrage der CDU-Fraktion, dass „ohne diese Haushaltskosmetik“ die Zuführungsrate bereits „im negativen Bereich“ läge. Inzwischen wissen wir also mehr.

Ob die finanzielle Ausstattung der Gemeinde Kernen i.R. nach dem Abfluss der Mittel in den kommunalen Finanzausgleich sowie der in der Folge der anstehenden Rezession zu erwartenden Rückentwicklung von Steuereinnahmen in den nächsten Jahren noch so positiv gebettet sein wird, ist also mehr als fraglich.

Umso wichtiger ist es, frühzeitig einen „Masterplan“ in der Schublade zu haben, der dem Gemeinderat und der Verwaltung eine Entscheidungshilfe und einen Überblick geben wird, welche Maßnahmen in welcher Zeitschiene in den nächsten Jahren anstehen und in welchem finanziellen Umfang sich diese Maßnahmen jeweils bewegen. Es ist nun an der Zeit, dem Gemeinderat eine entsprechende Prioritätenliste über die geplanten und angedachten Maßnahmen vorzulegen. So haben wir die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen und bei einem Wegbrechen der Steuereinnahmen wichtige Investitionen von weniger wichtigen zu unterscheiden.

Solide Finanzpolitik hat oberste Priorität

Eine solide Finanzpolitik hat für die CDU-Fraktion nach wie vor oberste Priorität. Das bedeutet natürlich nicht, dass notwendige Investitionen auf die lange Bank geschoben werden müssen, um kurzfristig Ausgaben zu vermeiden. Eine solide Finanzpolitik muss aber nachhaltig sein und darf sich nicht von populären Entscheidungen leiten lassen. Insbesondere im Bereich der Sanierung gemeindeeigener Gebäude, des Kanalnetzes oder unserer Straßen und Feldwege schieben wir teilweise einen Investitionsstau vor uns her. Auch die energetische Sanierung der gemeindeeigenen Gebäude wurde in der Vergangenheit unter dem Eindruck fehlender Finanzmittel vernachlässigt. Nun gilt es vor allen Dingen, mit den anstehenden Investitionen unsere Gemeinde weiter zukunftsfähig zu machen.

Der Abbau bzw. die Vermeidung von Verschuldung ist nach wie vor eine vorrangige Aufgabe. Schließlich sollen auch künftigen Generationen finanzielle Handlungsspielräume offen stehen. In diesem Zusammenhang: auch das Unterlassen von notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen an gemeindeeigenen Einrichtungen stellt eine Form der Verschuldung dar, da Lasten in die Zukunft verschoben werden.

Was steht in diesem Jahr an?

Wir bauen für rund 2,1 Mio. Euro ein Kinderhaus im Ortsteil Rommelshausen. Auch die Sanierung des Pfarrhauses für die Nutzung als Polizeiposten wird uns rund eine Million kosten. Für Umbau und Sanierung der Glockenkelter stellt der Gemeinderat noch einmal Mittel in Höhe von 1,8 Mio. Euro bereit. Die Erschließung der Tankstelle in den Spitzäckern wird 250 000 Euro kosten, die Erschließung von Gewerbe- und Baugebieten dürfte 2009 mit 700 000 Euro zu Buche schlagen. Dringend notwendige, weil lange aufgeschobene Maßnahmen im Straßenbau und zur Kanalsanierung werden Mittel bis zu 2 Millionen Euro erfordern. Das sind nur die wichtigsten Investitionen im kommenden Jahr. Der Bau eines Bürgerhauses oder die erforderliche Grundsanierung des Hallenbades sind im Investitionsprogramm noch gar nicht enthalten.

Es ist durchaus richtig, in Zeiten eines Konjunkturabschwungs bzw. einer Rezession antizyklisch zu steuern. Dennoch muss dies im Interesse der uns anvertrauten Steuergelder maßvoll und verantwortungsbewusst geschehen. Wir fordern daher eine zeitnahe Klausurtagung des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung, um im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit das Investitionsprogramm und die tatsächliche Finanzlage der Gemeinde zu erörtern. Spätestens dann, wenn die erste Steuerschätzung im Mai vorliegt und sich dunkle Wolken am Horizont zeigen.

Die kommenden Jahre werden mit Sicherheit wieder magere Jahre sein, die geringere Steuereinnahmen und kleinere Handlungsspielräume mit sich bringen werden. Es stellt sich die Frage, ob es nicht Sinn macht, eine „eiserne Reserve“ weiter vorzuhalten für den Fall, dass diese Rezession, wie von den Finanzexperten befürchtet, länger anhalten sollte.

Investitionsprogramm: Sanierungsmaßnahmen vorziehen

In Zeiten steigender Energiepreise und eines wohl kaum mehr aufzuhaltenden Klimawandels stehen wir in der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Deshalb sollten auch in unserer Gemeinde Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz weiter vorangetrieben werden. Dazu gehört die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, die wir mit den derzeitigen finanziellen Möglichkeiten dringend angehen sollten, auch um die Folgekosten für Zeiten wieder knapperer Haushaltsmittel zu verringern.

Um die Substanz dauerhaft zu erhalten und auch hier die Folgekosten zu senken, sollten im Bereich des Abwasserkanalsystems sowie des Straßen- und Feldwegebaus zusätzliche Sanierungsmittel eingestellt werden. Solche Maßnahmen der Substanzerhaltung müssen insbesondere in Zeiten erfolgen,

in denen die Gemeinde finanziell gut ausgestattet ist. In Zeiten der Finanzknappheit, so hat uns die Vergangenheit gelehrt, ist es nämlich schmerzhaft, die notwendigen Maßnahmen zu schultern. Nur zur Erinnerung: es ist erst wenige Jahre her, da hatten Sie, sehr geehrter Herr Altenberger, die Schließung von Kinderspielplätzen veranlasst, um mit den hierfür jährlich eingesparten 7 000 Euro den Verwaltungshaushalt aufzubessern...

Die Verlockungen angesichts (noch) prall gefüllter Rücklagen sind sicher groß. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ein nicht unerheblicher Teil der Gewerbesteuererinnahmen nur „geparkt“ ist und über den kommunalen Finanzausgleich wieder abfließen wird, sollten wir allerdings maßhalten. „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not!“ mag zwar ein abgedroschenes Sprichwort sein. Doch in seinem Kern liegt Wahrheit: wir sollten angesichts der noch guten Finanzsituation unserer Gemeinde zuallererst die Projekte angehen, für die in Zeiten wieder knapper werdender Finanzmittel mit Sicherheit kein Geld vorhanden sein wird und die uns dann weh tun: die Kanalsanierung, die Unterhaltung unserer Straßen und Feldwege, die energetische Sanierung gemeindeeigener Gebäude oder Maßnahmen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes. Hier haben wir lange Zeit wichtige Maßnahmen aufgeschoben oder unterlassen. Erst kommt die Pflicht, dann die Kür, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Einige Anmerkungen zu unseren aktuellen Haushaltsanträgen

Die sporttreibenden Vereine sichern mit ihrem Angebot insbesondere im Bereich des Jugend- und Breitensports ein gutes Stück Lebensqualität in unserer Gemeinde. Immer wieder betonen die beiden Sportvereine, dass weitere Sportstätten bzw. die Sanierung oder die Erweiterung vorhandener Sportanlagen erforderlich seien. Bei verschiedenen Gelegenheiten wurden der Sportvereinigung Rommelshausen und dem TV Stetten von der Verwaltungsspitze entsprechende Maßnahmen in Aussicht gestellt. Wir beantragen daher (insbesondere im Zusammenhang mit den durch das zweite Konjunkturpaket in Aussicht gestellten Fördermitteln) eine eingehende Prüfung, ob und ggf. für welche Maßnahmen Gelder zu erhalten sind.

Dem Energiebericht der Gemeinde Kernen i.R. ist u.a. zu entnehmen, dass für Gemeindeobjekte mit der Nutzungsart „Gebäude für öffentliche Bereitschaftsdienste“ die Zielwerte insgesamt nicht erreicht werden können. Dies ist einerseits in der besonderen Nutzung dieser Gebäude (z.B. Baubetriebshof und Feuerwehrhäuser mit Beheizung von Fahrzeugen und Gerätetechnik zur ständigen Betriebsbereitschaft insbesondere in den Wintermonaten), andererseits aber auch in der Bauweise (Betonhallen, kein isolierter Untergrund, keine ausreichende Fassadendämmung) begründet.

Durch besondere bauliche Maßnahmen könnte hier insbesondere dem Wärmeenergieverlust entgegen gewirkt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Die im Rahmen der beiden Ortskernsanierungen vom Land zur Verfügung gestellten Sanierungsmittel sind zwischenzeitlich nahezu aufgebraucht. Einen Großteil der Fördergelder hat die Gemeinde für kommunale Bauvorhaben (u.a. Sanierung von Glockenkelter und Pfarrhaus, Kanalsanierung Hindenburgstraße) abgeschöpft. Das ist durchaus legitim, berücksichtigt aber nicht ausreichend die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die im Rahmen der Ortskernsanierung Eigeninitiative zeigen möchten. Mit den zusätzlichen Fördergeldern, sofern dem Antrag der Gemeinde Kernen i.R. auf Erhöhung der Fördermittel stattgegeben werden sollte, sind daher zuallererst private Investitionen zu unterstützen.

Mit der bereits 1999 von der CDU-Fraktion eingeforderten Renaturierung des Haldenbaches wurde im Vorjahr begonnen. Auch für das Jahr 2009 sind Mittel zur Weiterführung dieser Maßnahmen in den Haushalt eingestellt worden. Noch immer gibt es im Haldenbach v.a. im innerörtlichen Bereich weitläufige Stellen, in denen das Bachbett mit Betonformsteinen ausgestaltet ist. Hier sollte u.E. zeitnah eine komplette Renaturierung des Haldenbaches erfolgen, auch um den innerörtlichen Charakter dieses Gewässers aufzuwerten. In diesem Zuge ist auch die erforderliche Wasserspiegelberechnung durchzuführen. Die bislang in den Haushalt eingestellten Mittel sind hierfür nicht auskömmlich.

Bereits in den späten 1990er Jahren wurde im Rahmen einer Voruntersuchung des Beibachs dringender Handlungsbedarf festgestellt. Die entsprechenden Unterlagen liegen der Verwaltung vor. Zudem ist mit der Stadt Weinstadt Kontakt aufzunehmen. Damals lag von Seiten unserer Nachbarkommune die Zusage vor, sich an den Maßnahmen auf ihrer Gemarkung zu beteiligen.

Auch für das Bürgernetz, das wertvolle Arbeit leistet und dem wir an dieser Stelle unseren Dank aussprechen möchten, sollten zeitnah geeignete Räumlichkeiten gefunden werden. Die derzeitige Unterbringung der Anlaufstelle im Pavillon hinter dem Rathaus ist wenig adäquat und vor allen Dingen zu klein für die wachsenden Aufgaben.

Zustimmung zum Haushaltsentwurf

Der Gemeindetag empfiehlt den Kommunen derzeit, ihre Haushalte noch nicht zu beschließen und abzuwarten, bis die endgültigen Voraussetzungen, um an die Mittel aus dem zweiten Konjunkturförderprogramm zu gelangen, geklärt sind. Hintergrund: Gelder aus dem Konjunkturprogramm werden verständlicherweise nur für zusätzliche Investitionen zur Verfügung gestellt, ein „Mitnahmeeffekt“ soll vermieden werden. Was darunter zu verstehen ist, darüber besteht im Augenblick noch Dissens. Deshalb der Rat des Gemeindetages als Interessenvertretung der Kommunen, abzuwarten, um sich den Zugang zu den Fördertöpfen nicht zu erschweren oder gar zu versperren. Die Gemeinde Schwaikheim ist diesem Rat vor wenigen Tagen gefolgt. Dies mag als kluger Schachzug verkauft werden – ganz wohl ist uns dabei nicht...

Für die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat darf ich mich bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedanken. Wir danken zudem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit und insbesondere unserem Kämmerer Achim Heberle für den verantwortungsbewussten Umgang mit den Finanzen unserer Gemeinde.

Andreas Wersch
Fraktionsvorsitzender